

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Stadtrates vom 23.07.2009 um 18.05 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend: Oberbürgermeister Müller

UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Ferenczy
Stadtrat Günther (ohne Ziffer 11)
Stadtrat Lorenz
Stadtrat May
Stadtrat E. Müller
Stadtrat M. Müller
Stadträtin Richter
Stadtrat Schmidt (ohne Ziffern 1 und 2)

CSU-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Moser (ab 18.30 Uhr, Ziffer 1)
Stadtrat Rank (ohne Ziffer 5)
Stadträtin Schwab
Stadtrat Stiller
Stadträtin Stocker
Stadtrat Weiglein

SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Dr. Endres-Paul
Stadträtin Glos
Stadträtin Kahnt
Stadtrat Sycha

FW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Haag
Bürgermeisterin Regan (bis 18.40 Uhr, Ziffer 2)
Stadträtin Wachter
Stadträtin Wallrapp

KIK-Stadtratsfraktion:

2. Bürgermeister Christof
Stadtrat Popp

ödp-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Pauluhn
Stadträtin Schmidt

ProKT-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Böhm
Stadtrat Schardt

Ortssprecher

Herr Pfrenzinger (Hoheim)

Berufsmäßige Stadträte: Rodamer
Groß

Berichterstatter: Oberrechtsrätin Schmöger
Oberamtsrat Hartner (bis Ziffer 3)
Frau Noormann
Stadtplaner Neumann

Protokollführer: Verwaltungsfachwirt Müller

Entschuldigt fehlten: Stadtrat Heisel
Stadtrat Konrad

Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Stadtrates waren ordnungsgemäß geladen. Von den 31 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Stadtrat ist somit beschlussfähig. Es gibt keine Einwände gegen die Tagesordnung.

Oberbürgermeister Müller stellt dar, dass der Punkt 5 der Tagesordnung „Hauptsatzung – Aufwandsentschädigung für weitere Bürgermeister und Dienstausfallentschädigung für Selbstständige und sonstige Stadtratsmitglieder“ aufgrund Klärungsbedarf abgesetzt und nach der Sommerpause im Zusammenhang mit der Geschäftsordnung behandelt werde.

Darüber hinaus verweist er auf einen Antrag zu den Tagesordnungspunkten 9 und 10 (Städtebauliche Rahmenplanung und Entwicklung der Konversionsflächen) und stellt dar, dass zu Ziffer 10 ein neuer Beschlussentwurf vorgelegt wurde. Seiner Auffassung nach sollte zunächst der Vortrag von Herrn Neumann angehört werden.

Hiermit besteht Einverständnis.

Weiter vor Eintritt in die Tagesordnung bittet Stadtrat Pauluhn den Punkt 11 der Tagesordnung „Energetische Modernisierung und brandschutzmäßige Sanierung der Hauptschule Siedlung“ vor die Entscheidung hinsichtlich der Mainpromenade zu ziehen, nachdem es hierbei um eine Ausgabenmehrung in Höhe von 200.000,00 € gehe und deshalb bei der Mainpromenade eine andere Entscheidung fallen könnte.

Oberbürgermeister Müller sehe einen solchen Zusammenhang nicht und belässt es bei der festgelegten Reihenfolge.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

1. Neugestaltung der Mainpromenade, Bauabschnitt 2;

Beschlussvorlage Entwurfsplanung

(Stadtrat Schmidt ist aufgrund persönlicher Beteiligung von der Beratung und Beschlussfassung ausgeschlossen und begibt sich ohne Aufforderung in den Zuhörerbereich.)

A. Nach den anfänglichen Ausführungen von Oberbürgermeister Müller hinsichtlich den möglichen Einsparungen stellt Stadtrat Rank als Stadtentwicklungsreferent dar, dass er sich für die umfangreiche Umgestaltung ohne Einsparung ausspreche, nachdem im Verhältnis zu den Gesamtkosten der Mehraufwand gering sei und man hiermit eine nachhaltige Lösung schaffen könne.

B. Stellungnahmen der Stadtratsfraktionen- bzw. gruppen:

a) UsW-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Richter stellt dar, dass sich die UsW für die Alternative 2 mit allen Einsparungen ausspreche. Darüber hinaus erachten sie das Lichtkonzept für nicht erforderlich, da bereits im vorliegenden Planentwurf ebenfalls diesbezüglich etwas enthalten sei.

b) CSU-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Schwab spricht sich für die Alternative 1 aus. Darüber hinaus verweist sie auf die Sonderregelung für die Anwohner, die dann eine entsprechende hochwertige Umgestaltung bekommen würden.

c) SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Dr. Endres-Paul spricht sich ebenfalls für die Alternative 1 mit Lichtkonzept aus und weist darauf hin, dass diese vollumfängliche Umgestaltung für ein positives Ergebnis in diesem Bereich nötig sei.

d) FW-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Wallrapp spricht sich für die Alternative 2 aus und weist darauf hin, dass hierbei der Qualitätsstandard immer noch hoch sei. Darüber hinaus könnte sie sich beispielsweise in den Frühjahrsmonaten vorstellen, dass die Gärtnerei mit Geranien an der Mainpromenade vorbeifährt und die Anwohner hiermit ihre Blumenkästen bepflanzen können. Hiermit könnte man mit geringem Aufwand eine Aufwertung erreichen.

e) KIK-Stadtratsfraktion:

2. Bürgermeister Christof verweist auf die vielen Fehler, die bezüglich dieser Maßnahme von den Planern aber auch von der Verwaltung begangen wurden. Ihm widerstrebe es, nun entweder mehr Geld für die angebotene Leistung auszugeben bzw. die Standards zu reduzieren. Nachdem er diese Fehler nicht ohne weiteres Annehmen könne, werde die KIK gegen beide Alternativen stimmen.

f) ödp-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt stellt dar, dass man die Maßnahme auch hätte verschieben können und sie eine Notwendigkeit in der Umgestaltung in dieser Form nicht sehe. Auch mit Blick auf die Haushaltslage könne sie beiden Alternativen nicht zustimmen.

g) ProKT-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Böhm spricht sich für die Alternativen 2 aus, nachdem der Qualitätsstandard hierbei immer noch ausreichend sei und die Umgestaltung zu einem positiven Ergebnis führen werde.

C. Oberbürgermeister Müller bittet zunächst um Abstimmung der Alternative 1. Falls hierzu keine Mehrheit zustande kommen sollte, bittet er gleichwohl um Zustimmung für die abgespeckte Variante.

D. Mit 10 : 18 Stimmen

1. Vom Sachvortrag (Sitzungsvorlage zu Stadtratsitzung Nr. 15) wird Kenntnis genommen.
2. Die Mainpromenade BA 2 ist nach folgender Alternative auszubauen:

Alternative 1:

Der Entwurf wird so beibehalten (u.a. mit der Straßenbeleuchtung analog Bauabschnitt 1)

Gasamtkosten incl. 19 % Mwst.

rd. 1.443.000 €

Die entstehenden Mehrkosten sind in die Haushalte 2010 und 2011 bei HHSt. 1.3651.9588 entsprechend einzustellen.

E. Mit 22 : 6 Stimmen

1. Vom Sachvortrag (Sitzungsvorlage zu Stadtratsitzung Nr. 15) wird Kenntnis genommen.
2. Die Mainpromenade BA 2 ist nach folgender Alternative auszubauen:

Alternative 2:

Der Entwurf soll in Teilbereichen gemäß dem Vorschlag des Büros arc. Grün, jedoch mit Abriss und Neugestaltung der Treppenanlage „Sinkel“, wie folgt reduziert werden:

- Der Steg nördlich der Alten Mainbrücke wird durch eine Sitzbank als Brüstung ersetzt (siehe Querschnitt unten)
-> **Einsparung brutto rd. 40.200 €**
- Ausführung der Treppenstufen in Beton statt Muschelkalk
-> **Einsparung brutto rd. 7.000 €**
- Die Anzahl der Bäume in der Grünfläche zum 1. Bauabschnitt soll um 6 Stück reduziert werden.
-> **Einsparung brutto rd. 6.700 €**
- Das Pflanzbeet nördlich der Alten Mainbrücke wird verkleinert.
-> **Einsparung brutto rd. 5.200 €**
- Die Sitzbänke werden von 19 auf 15 Stück reduziert
-> **Einsparung brutto rd. 3.800 €**
- **Zusätzliche Kosten** für Pflasterflächen an Steg und kürzerem Pflanzbeet von **brutto rd. 4.100 €**
- **Einsparung Baunebenkosten brutto rd. 10.200 €**

Die Einsparungen gegenüber Alternative 1 betragen brutto rd. 69.000 €

Somit ergeben sich Gesamtkosten incl. 19 % MWSt. von rd. 1.374.000 €

Die entstehenden Mehrkosten sind in die Haushalte 2010 und 2011 bei HHSt. 1.3651.9588 entsprechend einzustellen.

- F. Stadträtin Glos gibt zu Protokoll, dass sie auch für die Alternative 2 gestimmt habe, auch wenn sie die Alternative 1 befürwortet hätte.

2. Neugestaltung der Mainpromenade, Bauabschnitt 2; Beschlussvorlage Lichtplanung

A. Mit 11 : 17 Stimmen

1. Vom Sachvortrag (auch Sitzungsvorlage zu Stadtratsitzung Nr. 15) wird Kenntnis genommen.
2. Anstatt der bisherig geplanten Straßenbeleuchtung soll, auf der Grundlage des Lichtplaners Licht + Partner gemäß Vorentwurf mit Kostenschätzung vom 02.06.2009, eine
 - Pollerbeleuchtung
 - Lichtstelen in Gruppen im Bereich der Mainfenster
 - Bodenscheinwerfer in den Bauminseln

erstellt werden.

Die Gesamtkosten incl. 19 % Mwst. betragen rd. 37.000 €

Die entstehenden Mehrkosten sind in die Haushalte 2010 und 2011 bei HHSt. 1.3651.9588 entsprechend einzustellen.

B. Oberbürgermeister Müller stellt fest, dass das Lichtkonzept somit abgelehnt wurde.

3. Weihnachtsmarkt 2010 ff.

A. Oberbürgermeister Müller geht kurz auf den Sachvortrag ein und verweist darauf, dass eine Entscheidung hinsichtlich des Weihnachtsmarktes 2010 nach Besichtigungen der Weihnachtsmärkte in Bamberg und Gelnhausen am 17.12.2009 getroffen werde. Stadträtin Dr. Endres-Paul ist der Auffassung, dass das Konzept für 2010 noch in 2009 stehen sollte und in heutiger Sitzung die Arbeitsgruppe für die Konzeption bestehend aus Kulturbeirat, Stadtmarketingverein, Tourist-Info, bisherige Betreiber, Kirchen usw. beschlossen werde sollte.

Im Folgenden diskutieren die Stadträte über die Sitzungsvorlage und kommen mehrheitlich überein, dass man zunächst auch die Erfahrungen des Weihnachtsmarktes 2009 sowie die Erkenntnisse aus den beiden Städten abwarten sollte. Im übrigen bleibe es dem Kulturbeirat anheim gestellt, bereits im Vorfeld entsprechend Personen zu den Sitzungen einzuladen und über den Weihnachtsmarkt 2010 zu sprechen.

B. **Mit 20 : 8 Stimmen**

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Die Entscheidung über die Durchführung der Weihnachtsmärkte 2010 ff. wird unter Einbeziehung der Erfahrungen aus Kitzingen 2009 sowie Bamberg und Gelnhausen auf die Stadtratssitzung am 17.12.2009 vertagt.

4. Friedrich-Ebert-Straße – Straßenumgestaltung Pflasterauswahl für Gehwege und Parkplätze sowie Bordstein- und Rinnengestaltung

A. Oberbürgermeister Müller geht kurz auf den Sachverhalt ein und verweist auf die Bemusterung am 09.07.2009. Die Verwaltung spricht sich für die Nr.12 (Gehwege) sowie die Nr. 3 (Parkplätze) aus.

Stadtrat Rank als Stadtentwicklungsreferent verweist anhand verschiedener Bilder auf Situationen in Kitzingen, wo die Bordsteine sowie die Entwässerungsrinne in einem hochwertigen Material gestaltet sind. Deshalb war seiner Auffassung nach der Beschluss vom 18.06.2009, in der Friedrich-Ebert-Straße beide Bestandteile in Beton zu fassen, falsch. Er bittet hierüber nochmals abzustimmen und verweist darauf, dass man bei der Verwendung von Beton bei den Gehwegen entsprechende Mittel einspart, die für die Bordsteine verwendet werden könnten.

Auf die Frage, ob über die Angelegenheit nochmals abgestimmt werden könne, stellt Oberrechtsrätin Schmöger fest, dass im Grunde neue Tatsachen oder Gesichtspunkte vorliegen müssten, um über die Gestaltung der Bordsteine und der Entwässerungsrinne nochmals zu entscheiden. Nachdem dieser Punkt auf der Tagesordnung stand könne der Stadtrat hierüber nochmals entscheiden.

Oberbürgermeister Müller bittet um Abstimmung, ob über die Auswahl der Materialien für die Bordsteine bzw. Entwässerungsrinne nochmals entschieden werden sollte.

Darüber hinaus bittet er um Abstimmung hinsichtlich der Pflasterauswahl für die Gehwege und die Parkflächen.

B. Mit 15 : 13 Stimmen

Es besteht Einverständnis damit, über die Entscheidung hinsichtlich der Pflasterauswahl für die Bordsteine und die Entwässerungsrinne nochmals abzustimmen.

C. Mit 27 : 1 Stimmen

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Für die Pflasterung der Gehwege wird das Pflaster der Musterfläche Nr.12 gewählt.
3. Für die Pflasterung der Parkplätze wird das Pflaster der Musterfläche Nr. 3 gewählt.

D. Stadträtin Glos gibt zu Protokoll, dass sie nicht gegen den gewählten Stein sondern vielmehr gegen die gewählte Farbe gestimmt habe.

Im Folgenden diskutieren die Stadträte ausführlich über den Beschluss vom 18.06.2009 und welches Material sinnvollerweise verwendet werden sollte.

E. Mit 15 : 13 Stimmen

1. Anhand der im Sachvortrag stehenden Erläuterungen wird der Beschluss des Stadtrates vom 18.06.2009 (Ziffer 4.1 der Beschlussvorlage vom 18.06.2009 – Bordsteine und Entwässerungsrinnen in Beton) aufgehoben.
2. Die Randeinfassungen und Entwässerungsrinnen werden gemäß dem ursprünglichen Vorschlag der Verwaltung in Naturstein Granit ausgeführt.

**5. Leitgedanken zur Integration:
hier: Antrag des Integrationsbeirates**

A. Oberbürgermeister Müller geht kurz auf den Sachvortrag ein und stellt hinsichtlich der Mittel für das Nachbarschaftsfest dar, dass diese zunächst nur für 2010 eingestellt werden und anschließend ein Erfahrungsbericht ergehen sollte, bevor über die weiteren Jahre entschieden werde.

2. Bürgermeister Christof ist der Auffassung, dass man die Leitgedanken lediglich zur Kenntnis nehmen sollte und beantragt dies. Gegen das Einstellen der finanziellen Mittel habe er keine Einwände.

Stadträtin Glos als Vorsitzende des Beirates fragt nach, ob als Titel „Eine Hand voll Integration“ oder „Eine Hand voll Begegnung“ verwendet werden sollte.

Die Stadträte kommen mehrheitlich überein, es „Eine Hand voll Begegnung“ zu nennen.

Oberbürgermeister Müller bittet um Abstimmung, ob die Leitgedanken zur Kenntnis genommen werden.

B. Mit 21 : 6 Stimmen

Es besteht Einverständnis damit, die Leitgedanken zur Integration zur Kenntnis zu nehmen.

C. Mit 24 : 3 Stimmen

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Der Stadtrat nimmt unter dem Titel „Eine Hand der Begegnung“ die folgenden Leitgedanken zur Integration zur Kenntnis:
 - 2.1 Integration in Kitzingen ist ein Begegnungsprozess aller Bürgerinnen und Bürger unter der Prämisse der **Gleichbehandlung**.
 - 2.2 Integration kennt viele **Sprachen** und Ausdrucksformen. Die gemeinsame Sprache der Begegnung ist Deutsch.
 - 2.3 Integration ist Teilnahme am gesellschaftlichen Leben und bedeutet gleichen Zugang zu **Bildung und Arbeit** sowie Zukunftsperspektive für alle Bürgerinnen und Bürger in Kitzingen.
 - 2.4 Integration basiert auf Respekt und Offenheit gegenüber allen Bürgerinnen und Bürgern in Kitzingen. Die demokratische **Werteordnung** ist Grundlage des Zusammenlebens. Davon abweichende Haltungen sind nicht tolerierbar.
 - 2.5 Integration liegt in der besonderen Verantwortung der politischen Kräfte in Kitzingen. Sie schaffen aktiv Rahmenbedingungen für Begegnungen und ergreifen Maßnahmen zur Ausschöpfung von vorhandenen Potentialen und Beseitigung von Benachteiligungen.
3. Zur Umsetzung der Leitgedanken werden für
 - a) den Flyer / Buttons einmalig 1.000 € .
 - b) den Nachbarschaftstag bzw. das Nachbarschaftsfest in 2010 2.000 € bereitgestellt.
4. Realisierung der unter 3 a) und b) genannten Maßnahmen liegt in der Verantwortung des Integrationsbeirates

6. Erneuerung der „Fällmittel-Dosierstation zur Phosphatfüllung“ in der Kläranlage Grundsatzbeschluss

Mit 28 : 0 Stimmen

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Die defekte und überalterte Fällmittel-Dosierstation soll im Jahre 2009 durch eine neue Fällmittel-Dosierstation ersetzt werden.
3. Zunächst ist ein Ingenieurbüro mit der Planung und Durchführung zu beauftragen.
4. Die geschätzten gesamten Herstellungskosten betragen ca. 185.000 € incl. 19 % MWSt.
5. Die erforderlichen Mittel in Höhe von 185.000 € sind im Haushalt 2009 außerplanmäßig bei HHSt. 1.7181.9681 bereitzustellen.
Die Deckung soll durch die unvorhergesehen entstandene Mehreinnahme bei HHSt. 1.7000.3531 erfolgen.
6. Die endgültige Finanzierung erfolgt durch Rückerstattung der Abwasserabgabe in gleicher Höhe voraussichtlich im Jahre 2011.

7. Gebührenkalkulation für die Friedhöfe der Stadt Kitzingen und der Ortsteile Nachkalkulation 2008 und Vorkalkulation 2009 – 2012

Mit 28 : 0 Stimmen

Auf eine Erhöhung der Friedhofsgebühren wird verzichtet.
Die restlichen Defizite der Jahre 2006 und 2007 sowie das Defizit 2008 (insgesamt 51.315,07 €) werden aus allgemeinen Haushaltsmitteln ausgeglichen. Der Kostendeckungsgrad wird ab dem Haushaltsjahr 2009 auf 80 % gesenkt.

8. Budgetabrechnung für das Haushaltsjahr 2008
Gesamtbudget „Städtische Friedhöfe“ – UA 7511 bis 7516 –

Ohne Abstimmung

Die Abrechnung des Gesamtbudgets „Städtische Friedhöfe“ – UA 7511 bis 7516 – für das Haushaltsjahr 2008 schließt mit einem Defizit in Höhe von 31.216,00 € ab.

9. Städtebauliche Rahmenplanung „Harvey Barracks I (West)“

- Kenntnisnahme des Entwurfes
- Beschluss zur Beteiligung Träger öffentlicher Belange

A. Oberbürgermeister Müller stellt dar, dass in diesem Zusammenhang auch der Punkt 10 der Tagesordnung „Antrag der USW gemäß § 26 der Geschäftsordnung; Entwicklung der Konversionsflächen, Nutzung der Sporthallen in den Harvey und Larson Barracks für die Öffentlichkeit“ beachtet werden müsste (Ziffer 10 der Niederschrift) und deshalb gemeinsam diskutiert werde.

Stadtrat Schmidt geht als Antragssteller ausführlich auf den Antrag, den Flächennutzungsplan hinsichtlich der Konversionsflächen zu ändern, ein und stellt dar, dass dabei die Eckpunkte des ISEK beachtet werden sollten. Seiner Auffassung sei die Anpassung des Flächennutzungsplanes ein großer Schritt in der Entwicklung und sei Grundvoraussetzung für die Vermarktung.

Stadtrat Rank hat Bedenken, dass der Flächennutzungsplan das richtige Instrument in der Vermarktung der Konversionsflächen sei, worauf Stadtrat Weiglein zu Bedenken, gibt, dass dann die Stadt die Erschließung vorhalten müsse. Er befürwortete eine schrittweise Entwicklung auch mit Blick auf mögliche Investorenanfragen.

Stadtplaner Neumann stellt dar, dass die Regierung die Änderung des Flächennutzungsplanes genehmigen müsste und deshalb vorab in enger Abstimmung geprüft werden sollte, inwieweit eine Genehmigung in Aussicht gestellt werde. Er stellt dar, dass die Voraussetzung einer Genehmigung ein bestimmtes Ziel der Stadt voraussetze. Parallel sollte jedoch die Rahmenplanung vorgenommen werden.

Im Folgenden diskutieren die Stadträte ausführlich über den Beschlussentwurf, wobei die CSU sich gegen den Flächennutzungsplan ausspricht, nachdem dies nicht als das richtige Vermarktungsinstrument angesehen werde.

Oberbürgermeister Müller bittet zunächst um Abstimmung hinsichtlich der Rahmenplanung bevor über den Antrag der UsW abgestimmt werde.

B. Mit 28 : 0 Stimmen

1. Der Stadtrat nimmt den Sachvortrag zur Kenntnis.
2. Der Stadtrat nimmt den Entwurfsstand der Städtebaulichen Rahmenplanung zur Kenntnis und beschließt die Anhörung der Träger öffentlicher Belange.

10. Antrag der USW gemäß § 26 der Geschäftsordnung

- Entwicklung der Konversionsflächen

- Nutzung der Sporthallen in den Harvey und Larson Barracks für die Öffentlichkeit

Mit 22 : 6 Stimmen

1. Der Stadtrat beauftragt den Oberbürgermeister, die Einleitung von Verfahren für die Änderung des Flächennutzungsplanes für die Bereiche Harvey Barracks, Marshall Heights und Larson Barracks zu prüfen.
2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Möglichkeit der Nachnutzung der Sporthallen in den Harvey Barracks und Larson Barracks zu prüfen.

11. Energetische Modernisierung und brandschutzmäßige Sanierung der Hauptschule Siedlung;
Grundsatzbeschluss

Mit 27 : 0 Stimmen

Die energetische Modernisierung und die brandschutzmäßige Sanierung werden planmäßig durchgeführt.
Für die Brandschutzmaßnahme ist ein separater Antrag nach Art. 10 FAG zu stellen.

12. Information über Dringlichkeitsentscheidung gem. Art. 37 Abs. 3 GO
Beschaffung eines Großflächen-Scan-, Kopier- und Plottgerätes

Ohne Abstimmung

Der Auftrag zur Beschaffung eines Großflächen-Scan-, Kopier- und Plottgerätes gemäß der öffentlichen Ausschreibung nach VOL/A wurde vergeben.

13. Beauftragung für die komplette Überarbeitung des städtischen Internetauftritts

Ohne Abstimmung

Oberbürgermeister Müller weist darauf hin, dass in vorangegangener nichtöffentlicher Sitzung der Auftrag zur Überarbeitung des städtischen Internetauftrittes an die Firma PCS Informatik, Kitzingen vergeben wurde.

14. Antrag der USW gemäß § 26 der Geschäftsordnung
Umgang mit dem Marktcafé

Mit 28 : 0 Stimmen

1. Der Stadtrat nimmt den Sachvortrag zur Kenntnis.
2. Der Stadtrat beschließt den Komplettabbruch der Gebäude im Bereich Marktstraße Grabkirchgasse 17, Marktstraße 27, 29, 31.
3. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, entsprechende des gefassten Beschlusses ein Planungsbüro mit der Vorbereitung die Ausschreibung der Abbrucharbeiten zu beauftragen.

15. Mitteilung der Mitglieder des Ferienausschusses

Oberbürgermeister Müller fragt die Mitglieder des Ferienausschusses der UsW sowie der CSU ab. Von den übrigen Fraktionen und Gruppen liegen die Meldungen bereits vor.

UsW	Stadträtin Richter Stadtrat E. Müller	Stadtrat M. Müller Stadtrat Günther
CSU:	Stadträtin Stocker Stadtrat Stiller	StR Moser/StRin Schwab StR Rank/StR Weiglein
SPD: bis 26.08. ab 26.08.	Stadträtin Glos StR Dr. Endres-Paul	Stadträtin Kahnt Stadträtin Kahnt
FW	Stadträtin Wallrapp	Stadtrat Haag im August Stadträtin Wachter im September
KIK	2. Bgm. Christof	Stadtrat Popp
Pro KT	Stadtrat Schardt	Stadtrat Böhm

Dies wird zur Kenntnis genommen.

16. Information von Stadtplaner Neumann Angebote Zentrenkonzept

Stadtplaner Neumann stellt dar, dass hinsichtlich der Fortschreibung des Zentrenkonzeptes sieben Büros ein Angebot abgegeben haben sich drei in der Sitzung des Finanzausschusses am 17.09.2009 vorstellen werden.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

17. Anfrage von 2. Bürgermeister Christof Größe des Festplatzes

2. Bürgermeister Christof weist auf die Aussage des Oberbürgermeisters hin, wonach die Größe des Festplatzes im Rahmen von Natur in Kitzingen nochmals beschlossen werde und fragt nach, wann dies der Fall sei. Seiner Auffassung nach, sei dies der letzte Festplatz in Kitzingen, der auch flexible nutzbar sein sollte.

Oberbürgermeister Müller verweist auf die Aussage, dass der Festplatz so wie er derzeit genutzt werde, auch in Zukunft genutzt werden könne. Er stellt dar, dass dies nochmals geprüft werde und verweist im Übrigen auf den nächsten Bericht in Sachen Natur in Kitzingen.

18. Anfrage von Stadträtin Dr. Endres-Paul Sachstand Fetzer-Ruine

Stadträtin Dr. Endres-Paul fragt nach dem Sachstand der Fetzer-Ruine.

Oberbürgermeister Müller erklärt, dass diesbezüglich Gespräche mit den Besitzern gelaufen seien, jedoch eine Information in der nichtöffentlichen Sitzung erfolgen müsse.

19. Anfrage von Stadtrat Moser
Abriss der Eselsbrücke während der Schulzeit

Stadtrat Moser fragt nach, weshalb die Eselsbrücke während der Schulzeit abgerissen werde.

Oberbürgermeister Müller stellt dar, dass dies mit den Sperrzeitplänen der Bahn zusammenhänge, wonach man sich richten müsse.

Dies wurde jedoch vorab mit der Schule abgesprochen.

Oberbürgermeister Müller schließt die öffentliche Sitzung um 21.00 Uhr.

Oberbürgermeister

Protokollführer